

Mitteilung Nr. MIT-	/	(identisch mit der Nummer der Anfrage)
zur Anfrage nach § 38 GOSTVV der Fraktion vom Thema:		AF - 10/2021 BIW 15.02.2021 Insolvenz des Gesamthafenbetriebsvereins (GHBV) – schaut der Magistrat tatenlos zu?
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Insolvenz des Gesamthafenbetriebsvereins (GHBV) - schaut der Magistrat tatenlos zu? (BIW)

Am 01.12.2020 hat der Gesamthafenbetriebsverein (GHBV), der als Personaldienstleister für die bremische Hafen- und Logistikwirtschaft fungiert, einen Insolvenzantrag in Selbstverwaltung gestellt. Damit sind 106 Jahre nach seiner Vereinsgründung insgesamt 1.300 Arbeitsplätze an den Standorten Bremerhaven und Bremen bedroht.

Der GHBV vermittelt seine Beschäftigten unter anderem an die Hafeneinzelbetriebe der BLG GROUP AG oder deren Tochterunternehmen Eurogate. Mitglied im Aufsichtsrat der BLG GROUP AG sind neben der Senatorin für Wissenschaft und Häfen, Frau Dr. Claudia Schilling, auch der Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz (beide SPD). Damit ist die Seestadt Bremerhaven direkt im Kontrollgremium der Kapitalgesellschaft vertreten.

In diesem Zusammenhang fragen wir BÜRGER IN WUT den Magistrat:

1. Welche eigenen Anstrengungen (unterstützend, beratend und/oder finanziell fördernd) hat der Magistrat seit dem 01.12.2020 über das Aufsichtsratsmitglied der BLG GROUP AG, Herrn Melf Grantz, konkret unternommen, um dem drohenden Arbeitsplatzverlust beim GHBV entgegen zu wirken? Bitte unterteilen nach den einzelnen Bemühungen.
2. Welche Anstrengungen plant der Magistrat in den nächsten sechs Monaten, um die Beschäftigten der Hafenwirtschaft vor dem drohenden Arbeitsplatzverlust zu schützen?
3. Wann hat der Magistrat erstmalig über welchen Informationskanal von der bevorstehenden Insolvenz des GHBV erfahren?

4. Welche Gremien der Stadtverordnetenversammlung wurde zu welchen Zeitpunkten über die drohende Insolvenz des GHBV informiert? – Sofern weder die Stadtverordnetenversammlung noch die Fachausschüsse informiert wurden: Warum ist diese Information unterblieben?

II. Der Magistrat hat am beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1:

Der Magistrat ist nicht Mitglied des Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e. V. (GHBV). Insoweit stehen ihm keine Möglichkeiten der Einflussnahme (unterstützend, beratend und/oder finanziell fördernd) auf unternehmerische Entscheidungen beim GHBV zur Verfügung. Die BLG Logistics Group AG & Co. KG (BLG) ist weder unmittelbar noch mittelbar am Gesamthafenbetriebsverein im Lande Bremen e. V. beteiligt. Die Entscheidung zur Insolvenz in Eigenverantwortung wurde daher nicht von der BLG sondern vielmehr vom GHBV getroffen.

Zu 2:

Dem Magistrat ist die wichtige Funktion des GHBV im Hafen bewusst. Der Magistrat hätte sich daher gewünscht, dass man sich einvernehmlich auf ein Sanierungskonzept einigt, damit möglichst viele Arbeitsplätze im Hafen erhalten bleiben und der GHBV strukturell und finanziell so aufgestellt ist, dass er dauerhaft am Markt bestehen kann. Es wird nun im weiteren Verfahren darauf ankommen, dass der GHBV und die Beschäftigten die Möglichkeiten die in der Insolvenz liegen nutzen, um den Standort und möglichst viele Arbeitsplätze im Hafen zu erhalten.

Im Übrigen handelt es sich beim GHBV, wie bereits oben ausgeführt, um einen privatrechtlichen Zusammenschluss, welcher nicht dem Magistrat unterstellt ist. Eine finanzielle Unterstützung aus kommunalen Mitteln scheidet daher aus.

Zu 3:

Von der drohenden Insolvenz hat der Magistrat erstmals aus der Presse erfahren.

Zu 4:

Wie bereits unter 1. ausgeführt, ist der Magistrat weder unmittelbar noch mittelbar am GHBV beteiligt. Eine Unterrichtung des Magistrats sowie der Stadtverordnetenversammlung und deren Fachausschüsse scheidet daher aus.

Grantz
Oberbürgermeister